



Gmünder Erklärung zur Rettung von Menschen in Seenot

1. Die Rettung von Menschen in Seenot, die Hilfe für Menschen, die zu ertrinken drohen und die sichere Fahrt von Geretteten an Land ist eine Selbstverständlichkeit, wobei es höchste Sorge bereitet, dies ausdrücklich benennen zu müssen.
2. Die Stadt erklärt sich bereit, zusätzliche Flüchtlinge aus der Seenotrettung aufzunehmen und insoweit dem Bündnis „Sichere Häfen“ beizutreten. Ein geordneter Rahmen durch die zuständigen Bundes- und Landesministerien sowie der Landkreisverwaltung ist dafür notwendig.
3. Seenotrettung darf nicht Teil eines Geschäftsmodells von kriminellen Schleppern sein. Die Stadt Schwäbisch Gmünd verurteilt, wenn sich Schlepper den Einsatz der Seenotrettung zunutze machen und sich an der Notlage der Geflüchteten bereichern.
4. Für die Schaffung von besseren Lebensbedingungen und persönlichen Perspektiven - insbesondere in Afrika - müssen jedoch Lösungen vor Ort durch eine aktive Entwicklungshilfe gefunden werden. Schwäbisch Gmünd wird seine Bemühungen hier verstärken und das Engagement der Gmünder Kirchengemeinden und Vereine in Afrika unterstützen.
5. Die Grundlagen für Migration und für die Aufnahme von Flüchtlingen können nur auf europäischer Ebene geschaffen werden. Wir fordern die Verantwortlichen der Bundesregierung und auf europäischer Ebene dazu auf, Wege zu finden, Asylantragsteller und Bürgerkriegsflüchtlinge würdevoll aufzunehmen, gerecht auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu verteilen und zügige Entscheidungen über die legalen Bleibeperspektiven zu treffen.
6. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd die Initiative der Bundesregierung, in Vorleistung zu gehen und nach Medienberichten jeden vierten Flüchtling nach einer Seenotrettung im Mittelmehr nach Deutschland einreisen zu lassen.
7. Wir fordern die Europäische Union auf, Mitgliedsstaaten zu sanktionieren, die sich ihrer Verantwortung für Flüchtlinge und Asylbewerber entledigen wollen, die sich mit ihrem Handeln gegen die Grundwerte der Europäischen Union stellen und die den fairen Ausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten damit grundsätzlich in Frage stellen.